

Promotionsordnung

der Philosophischen Fakultät

vom 06.03.2008

in der Fassung der 12. Ordnung zur Änderung der Promotionsordnung

vom 25.07.2022

veröffentlicht als Gesamtfassung

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4 und 67 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur weiteren Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes vom 25. November 2021 (GV. NRW S. 1210a), hat die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen die folgende Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät erlassen:

Inhaltsübersicht

I Allgemeines

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Promotionsausschuss
- § 3 Promotionskommission
- § 4 Berichterinnen und Berichter
- § 5 Dissertation
- § 6 Bewertung der Doktorprüfung
- § 7 Promotionsleistungen

II Zulassung zur Promotion

- § 8 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 9 Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses
- § 10 Center for Doctoral Studies
- § 11 Antrag auf Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen
- § 11a Datenerhebung, -verarbeitung und -übermittlung

III Promotionsverfahren

- § 12 Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung
- § 13 Eröffnung des Promotionsverfahrens
- § 14 Prüfung der Dissertation
- § 15 Überarbeitung der Dissertation
- § 16 Mündliche Prüfung
- § 17 Veröffentlichung der Dissertation
- § 18 Doktorurkunde
- § 19 Ehrenpromotion und Erneuerung der Doktorurkunde
- § 20 Entzug des Doktorgrades
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 22 Cotutelle-Verfahren
- § 23 Inkrafttreten

I. Allgemeines

§ 1 Promotionsrecht

- (1) Die Philosophische Fakultät der RWTH Aachen hat das Recht der Promotion.
- (2) Durch die Promotion wird eine über das allgemeine Studienziel hinausgehende Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen. Die Befähigung wird aufgrund einer beachtlichen schriftlichen Arbeit (Dissertation), die einen Fortschritt des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis darstellt, und einer mündlichen Prüfung festgestellt. Bei erfolgreichem Abschluss der Promotion wird der Doktorgrad in männlicher oder weiblicher Form verliehen.
- (3) Die Philosophische Fakultät verleiht den Grad einer Doktorin bzw. eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.).

§ 2 Promotionsausschuss

- (1) Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät setzt einen Promotionsausschuss ein, der für die ordnungsgemäße Durchführung der Promotion und die ihm durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben zuständig ist.
- (2) Der Promotionsausschuss besteht aus vier hauptamtlichen habilitierten Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrern nach § 35 HG der Fakultät sowie einer promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiterin bzw. einem promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiter, einer Vertreterin bzw. einem Vertreter aus der Gruppe der Beschäftigten in Technik und Verwaltung und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden der Fakultät. Die Dekanin bzw. der Dekan hat den Vorsitz. Die bzw. der stellvertretende Vorsitzende und die übrigen Mitglieder des Promotionsausschusses werden durch die Wahl des Fakultätsrats bestimmt. Auch die Stellvertretung der bzw. des Vorsitzenden muss Professorin bzw. Professor sein. Die Amtszeit der Mitglieder des Promotionsausschusses beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist zulässig. Für jedes Mitglied wird eine Vertretung bestellt; dies gilt nicht für den Vorsitz.
- (3) Der Promotionsausschuss hat folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 1. die Feststellung der Promotionsvoraussetzungen und die Entscheidung über die Zulassung zur Promotion gemäß §§ 8 bis 11,
 2. die Eröffnung des Promotionsverfahrens, einschließlich der Bestellung der Berichterinnen bzw. Berichter und der Promotionskommission, oder die Nichteröffnung von Promotionsverfahren,
 3. die Entscheidungen über Fragen, die die Einhaltung der Bestimmungen dieser Promotionsordnung betreffen, sowie Entscheidungen über Sonderfälle in Promotionsverfahren und über Widersprüche gegen Entscheidungen der bzw. des Vorsitzenden, der Promotionskommission oder einzelner Prüferinnen bzw. Prüfer.
- (4) Der Promotionsausschuss kann die Durchführung von Aufgaben nach Absatz 3 Nr. 1 und 2 der bzw. dem Vorsitzenden übertragen.
- (5) Die Sitzungen des Promotionsausschusses sind nicht öffentlich. Seine Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

- (6) Der Promotionsausschuss beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, darunter die bzw. der Vorsitzende oder ihre bzw. seine Stellvertretung, anwesend sind. Über die Beratungen des Promotionsausschusses ist ein Protokoll zu führen.
- (7) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses hat die Bewerberin bzw. den Bewerber über sie betreffende Beschlüsse in Kenntnis zu setzen. Dies erfolgt durch einen schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.
- (8) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses berichtet dem Fakultätsrat regelmäßig über die Entwicklung der Promotionen und der Prüfungsleistungen.

§ 3 Promotionskommission

- (1) Zur Durchführung des Promotionsverfahrens wird eine Promotionskommission gebildet. Ihr gehören die folgenden Personen an:
 1. die Berichterinnen bzw. Berichte der Dissertation und
 2. ein bzw. zwei weitere Mitglieder entsprechend Absatz 2, von denen ein Mitglied vom Promotionsausschuss die Funktion der bzw. des Vorsitzenden übertragen bekommt.
- (2) Die Prüfung wird von der Promotionskommission abgenommen. Prüferinnen bzw. Prüfer sind:
 1. Bei einer Disputation: Die beiden Berichterinnen bzw. Berichte und eine weitere Person, die vom Promotionsausschuss bestimmt wird.
 2. Bei einem Rigorosum mit zwei Nebenfächern: Entweder die beiden Berichterinnen bzw. Berichte und eine weitere Person, die vom Promotionsausschuss bestimmt wird. Oder: Eine Berichterin bzw. ein Bericht und zwei weitere Personen, die vom Promotionsausschuss bestimmt werden. In beiden Fällen muss eine Berichterin bzw. ein Bericht das Hauptfach prüfen.
 3. Bei einem Rigorosum mit zwei Hauptfächern: zwei Prüferinnen bzw. Prüfer für eines der Fächer, das die Kandidatin bzw. der Kandidat wählen kann und eine bzw. einer für das andere Fach. Mindestens eine dieser Personen muss Berichterin bzw. Bericht sein.
- (3) Die Mitglieder der Promotionskommission sollen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer gemäß § 35 HG, entpflichtete oder in den Ruhestand versetzte Professorinnen bzw. Professoren, außerplanmäßige Professorin bzw. außerplanmäßiger Professor gemäß § 41 HG, Honorarprofessorin bzw. Honorarprofessor, Hochschuldozentin bzw. Hochschuldozent oder Privatdozentin bzw. Privatdozent der Philosophischen Fakultät sein. Ist bei interdisziplinär angelegten Dissertationen ein Themenbereich nicht in der Philosophischen Fakultät angesiedelt, so soll eine bzw. einer der Berichterinnen bzw. Berichte einer anderen Fakultät oder Universität angehören.
- (4) Die Kandidatin bzw. der Kandidat hat das Recht, die erste Berichterin bzw. den ersten Bericht vorzuschlagen, die bzw. der die Voraussetzungen des Absatz 3 Satz 1 erfüllen muss. Dem Vorschlag ist zu folgen. Die Kandidatin bzw. der Kandidat kann weitere Berichterinnen bzw. Berichte vorschlagen. Über die Benennung der weiteren Berichterinnen bzw. Berichte und Prüferinnen bzw. Prüfer entscheidet der Promotionsausschuss.

- (5) Alle Mitglieder der Promotionskommission haben Stimmrecht. Die Promotionskommission beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (6) Sollten bereits bestellte Mitglieder der Promotionskommission nicht in der Lage sein, das Promotionsverfahren durchzuführen (z.B. Ausfall wegen Krankheit), so bestimmt der Promotionsausschuss ein Ersatzmitglied.

§ 4

Berichterinnen und Berichter

- (1) Der Promotionsausschuss bestimmt für die Prüfung der Dissertation zwei Berichterinnen bzw. Berichter, und zwar in der Regel aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer gem. § 35 HG, entpflichteten oder in den Ruhesand versetzten Professorinnen bzw. Professoren, außerplanmäßigen Professorinnen bzw. Professoren gemäß § 41 HG, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren, Hochschuldozentinnen bzw. Hochschuldozenten oder Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten der RWTH Aachen.
- (2) Im Rahmen einer Kooperation mit der RWTH können auch an einer Fachhochschule tätige Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Funktion einer Berichterin bzw. eines Berichters übernehmen. Voraussetzung hierfür ist der Nachweis einer wissenschaftlichen Qualifikation, die Habilitationsniveau gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 4 HG hat. Das Vorliegen der Voraussetzung wird durch den Promotionsausschuss festgestellt. Im Rahmen dieser kooperativen Betreuung ist für die einzelne Promovendin bzw. den einzelnen Promovenden zusammen mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer der Fachhochschule der Umfang und der Inhalt der angemessenen, auf die Promotion vorbereitenden Studien gemäß § 67 Abs. 4 Nr. 2 HG festzulegen.
- (3) Auf Antrag und nach formeller Prüfung durch den Promotionsausschuss können auch Forschungsgruppenleiterinnen und Forschungsgruppenleiter, die in der Philosophischen Fakultät oder in einem übergeordneten Forschungsprojekt mit der Philosophischen Fakultät tätig sind, als Berichterin oder Berichter eingesetzt werden. Nach Ausscheiden der Forschungsgruppenleiterin oder des Forschungsgruppenleiters übernimmt die jeweilige Lehrstuhlleitung bzw. die Leitung des Lehr- und Forschungsgebiets die Betreuung, falls im Anschluss nicht durch eine andere Position eine Promotionsberechtigung vorliegt. Die Betreuungsvereinbarung ist daher grundsätzlich von der Lehrstuhlleitung bzw. der Leitung des Lehr- und Forschungsgebiets mitzuzeichnen.
- (4) Ist die Dissertation gemäß § 5 Abs. 4 betreut worden, so muss die Betreuerin bzw. der Betreuer eine der Berichterinnen bzw. einer der Berichters sein.
- (5) Mindestens eine bzw. einer der Berichterinnen bzw. Berichters muss Hochschullehrerin bzw. Hochschullehrer gem. § 35 HG der Philosophischen Fakultät sein. Abweichend davon muss im Fach Kunstgeschichte eine der Berichterinnen bzw. einer der Berichters Hochschullehrerin bzw. Hochschullehrer gemäß § 35 HG der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen im Fach Kunstgeschichte sein.
- (6) Berichterinnen bzw. Berichters können auch an einer anderen deutschen oder ausländischen Universität oder an einer Forschungseinrichtung im Dienstverhältnis stehende bzw. angestellte Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer, außerplanmäßige Professorinnen bzw. Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren, Hochschuldozentinnen bzw. Hochschuldozenten oder Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten sein.

- (7) Betrifft der Inhalt der vorgelegten Dissertation auch das Wissenschaftsgebiet einer anderen Fakultät, so kann eine Hochschullehrerin bzw. ein Hochschullehrer gem. § 35 HG, eine entpflichtete bzw. ein entpflichteter oder in den Ruhestand versetzte Professorin bzw. Professor, eine außerplanmäßige Professorin bzw. ein außerplanmäßiger Professor, eine Hochschuldozentin bzw. ein Hochschuldozent, eine Privatdozentin bzw. ein Privatdozent oder eine Honorarprofessorin bzw. ein Honorarprofessor dieser Fakultät vom Promotionsausschuss als Berichterin bzw. Berichtler ernannt werden; die Dekanin bzw. der Dekan der anderen Fakultät ist zu unterrichten.
- (8) In Ausnahmefällen kann eine weitere Berichterin bzw. ein weiterer Berichtler hinzugezogen werden. Wird die Dissertation in einer anderen Sprache als Deutsch oder Englisch vorgelegt, so muss der Promotionsausschuss eine weitere, auswärtige Berichterin bzw. einen weiteren, auswärtigen Berichtler bestimmen.

§ 5 Dissertation

- (1) Die Bewerberin bzw. der Bewerber hat eine von ihr bzw. ihm in deutscher oder englischer Sprache abgefasste wissenschaftliche selbständige Abhandlung (Dissertation) vorzulegen. Auf Antrag kann der Promotionsausschuss auch eine in einer anderen Sprache abgefasste Dissertation zulassen. Der Antrag ist zu begründen und vor der Anfertigung der Dissertation zu stellen. Der Promotionsausschuss entscheidet hierüber auf der nächsten auf den Antrag folgenden Sitzung. Wird dem Antrag entsprochen, ist von der Kandidatin bzw. dem Kandidaten mit der Dissertation eine 30-seitige Zusammenfassung in deutscher Sprache vorzulegen, die auch den Argumentationsgang der einzelnen Kapitel referiert.
- (2) Die Dissertation muss zu einem wesentlichen Teil den Wissenschaftsgebieten der Philosophischen Fakultät angehören.
- (3) Arbeiten aus früheren Prüfungen und bereits veröffentlichte Arbeiten dürfen nicht als Dissertation verwendet werden. Auszugsweise Vorveröffentlichungen sind im Einvernehmen mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer zulässig und der Fakultät anzuzeigen.
- (4) Die Dissertation soll im fachlichen Kontakt mit einer Hochschullehrerin bzw. einem Hochschullehrer, einer bzw. einem entpflichteten oder in den Ruhestand versetzten Professorin bzw. Professor, einer außerplanmäßigen Professorin bzw. einem außerplanmäßigen Professor, einer Honorarprofessorin bzw. einem Honorarprofessor, einer Hochschuldozentin bzw. einem Hochschuldozenten oder einer Privatdozentin bzw. einem Privatdozenten der RWTH Aachen entstanden sein. Diese bzw. dieser ist verpflichtet, eine angemessene wissenschaftliche Betreuung während des Promotionsverfahrens sicherzustellen. Die Bereitschaft zur Übernahme dieser Verpflichtung wird im Regelfall durch den Abschluss einer Betreuungsvereinbarung entsprechend dem Muster der RWTH Aachen in der jeweils gültigen Fassung zum Ausdruck gebracht.
- (5) In den Fächern Anglistische Sprachwissenschaft, Erziehungswissenschaften, Politische Wissenschaft, Psychologie, Soziologie und Sprach- und Kommunikationswissenschaft können an die Stelle einer Dissertation mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers mehrere bereits veröffentlichte oder zur Veröffentlichung eingereichte wissenschaftliche Arbeiten treten, wenn die Ergebnisse dieser Arbeiten insgesamt den an eine Dissertation zu stellenden Anforderungen genügen, die Ergebnisse zeitlich nicht zu weit auseinander liegen und in einem inneren wissenschaftlichen Zusammenhang stehen. Über die Äquivalenz entscheidet der Promotionsausschuss. Den eingereichten Aufsätzen ist eine gemeinsame Einleitung zum Stand der einschlägigen Forschung, zu den untersuchten Fragestellungen, zu den wesentlichen Er-

gebnissen und zur Diskussion des Forschungsbeitrags voranzustellen. Alle Fachaufsätze sollen in Alleinautorenschaft erstellt worden sein, sofern nicht die individuelle Leistung der Doktorandin bzw. des Doktoranden deutlich abgrenzbar und bewertbar ist, um die Fähigkeiten zum selbstständigen wissenschaftlichen Arbeiten beurteilen zu können.

§ 6 Bewertung der Doktorprüfung

- (1) Wenn die Dissertation zumindest mit "rite" (genügend) bewertet wird, kann das Verfahren der Doktorprüfung fortgesetzt werden.
- (2) Wird die Dissertation abgelehnt oder bleibt auch die mündliche Wiederholungsprüfung (§ 16 Abs. 7) erfolglos, so teilt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses der Bewerberin bzw. dem Bewerber unter Angabe des Grundes mit, dass die Doktorprüfung nicht bestanden ist.
- (3) Ist die Doktorprüfung nicht bestanden, so kann die Dissertation nicht wieder zum Zwecke der Promotion vorgelegt werden, auch nicht einer anderen Fakultät.
- (4) Ein erneutes Promotionsgesuch an dieselbe oder eine andere Fakultät ist nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres nach Bekanntgabe der Ablehnung zulässig. Hierbei ist eine neue Arbeit vorzulegen.
- (5) Exemplare der Dissertation, in denen Beanstandungen oder andere Vermerke eingetragen sind, mindestens jedoch ein Exemplar, verbleiben bei der Fakultät.
- (6) Wird die mündliche Prüfung zumindest mit "rite" (genügend) bewertet, ist die Doktorprüfung bestanden.
- (7) Die Promotionskommission setzt eine Gesamtnote der Doktorprüfung fest mit dem Urteil
"summa cum laude" (mit Auszeichnung),
"magna cum laude" (sehr gut),
"cum laude" (gut) oder
"rite" (genügend).

Anstelle der Gesamtnote können für die Dissertation und die mündliche Prüfung auch getrennte Noten vergeben werden.
- (8) Das Ergebnis muss der Bewerberin bzw. dem Bewerber umgehend mitgeteilt werden. Die Bewertung der Doktorprüfung soll spätestens sechs Monate nach Vorlage der Dissertation abgeschlossen sein.

§ 7 Promotionsleistungen

Promotionsleistungen im Sinne dieser Promotionsordnung sind:

- a) die Dissertation,
- b) die mündliche Prüfung und
- c) die Veröffentlichung der Dissertation.

Erst nach Veröffentlichung der Dissertation kann die Promotion durch Aushändigung der Doktorurkunde abgeschlossen werden.

II. Zulassung zur Promotion

§ 8

Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Zum Promotionsverfahren wird zugelassen, wer
 - a) einen Abschluss nach einem einschlägigen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern, für das ein anderer Grad als „Bachelor“ verliehen wird, oder
 - b) einen Abschluss nach einem einschlägigen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens sechs Semestern und daran anschließende angemessene, auf die Promotion vorbereitende Studien in den Promotionsfächern, oder
 - c) den Abschluss eines Masterstudienganges im Sinne des § 61 Abs. 2 S. 2 HGsowie Studienleistungen und Leistungen nachweist, die die Eignung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer Promotion erkennen lassen.
- (2) Die für angemessen erachteten Inhalte der auf die Promotion vorbereitenden Studien nach Absatz 1 lit. b) sowie Zahl und Art der Nachweise dieser Studien legt der Promotionsausschuss für den Einzelfall nach Anhörung der Kandidatin bzw. des Kandidaten unter Hinzuziehung der Betreuerin bzw. des Betreuers fest.
- (3) Voraussetzung für die Promotion zum Dr. phil. ist ein Magister- oder Diplomgrad, der Nachweis eines abgeschlossenen Masterstudienganges im Sinne des § 61 Abs. 2 S. 2 HG oder der Nachweis der mit Erfolg abgelegten Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen oder einer vergleichbaren Lehramtsprüfung; der Abschluss muss in mindestens einem an der Fakultät vertretenen Fach erworben sein. Über die Anerkennung anderer einschlägiger wissenschaftlicher Studienabschlüsse entscheidet der Promotionsausschuss. Weiterhin sind Kenntnisse der lateinischen Sprache im Umfang des Latinums erforderlich; diese Voraussetzung gilt nicht für die Haupt- und Nebenfächer Kommunikationswissenschaft, Neuere Deutsche Literaturgeschichte, Anglistische Sprachwissenschaft, Anglistische Literaturwissenschaft, Deutsche Philologie (Germanistische Linguistik oder Ältere Deutsche Literatur), Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Geographie, Wirtschaftsgeographie, Soziologie und Politische Wissenschaft sowie die Nebenfächer Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Volkswirtschaftslehre, Internationale Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Über die Anerkennung einer anderen geeigneten Sprache an Stelle des Lateinischen entscheidet der Promotionsausschuss auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten unter Beteiligung der oder des Lateinbeauftragten.
- (4) Bei Vorliegen außergewöhnlicher wissenschaftlicher Leistungen kann der Promotionsausschuss eine Bewerberin bzw. einen Bewerber auch auf Antrag von drei Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrern gem. § 35 HG der Philosophischen Fakultät mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder in sinngemäßer Anwendung der Grundsätze des § 49 Abs. 11 HG zum Promotionsverfahren zulassen.

§ 9

Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses

- (1) Als allgemeine Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion gilt auch ein berufsqualifizierender Abschluss oder eine andere den Studiengang abschließende Prüfung nach einem einschlägigen wissenschaftlichen Studium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern, einschließlich einer studienintegrierten wissenschaftlichen Abschlussarbeit, erworben an einer Hochschule außerhalb Deutschlands, wenn der betreffende Abschluss
 1. aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen als gleichwertig mit entsprechenden an deutschen Hochschulen zu erwerbenden Abschlüssen zu bewerten ist,
 2. aufgrund von Bewertungsaussagen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder oder der Hochschulrektorenkonferenz als allgemeine Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion zu bewerten ist,
 3. aufgrund von Abkommen mit Partnerhochschulen außerhalb Deutschlands durch die RWTH Aachen als gleichwertig mit einem entsprechenden an der RWTH Aachen zu erwerbenden Abschluss zu bewerten ist.
- (2) Der Promotionsausschuss kann im Rahmen der Zulassung zur Promotion aufgrund eines im Ausland erworbenen Abschlusses von der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller ergänzende Studien verlangen, die in einem fachlichen Zusammenhang mit dem Wissenschaftsgebiet stehen, das in der Dissertation behandelt wird bzw. werden soll.

§ 10

Center for Doctoral Studies

- (1) Jede Bewerberin bzw. jeder Bewerber soll zusätzlich zu den allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen zur Promotion eine fachspezifische, forschungsorientierte Qualifikation im Rahmen des Centers for Doctoral Studies (CDS) erwerben. Es soll die wissenschaftliche Selbstständigkeit der Bewerberin bzw. des Bewerbers fördern und ihr bzw. ihm den Erwerb von zusätzlichen akademischen Schlüsselqualifikationen ermöglichen.
- (2) Sollten im Einzelfall diese Schlüsselqualifikationen schon gegeben sein, so kann der Promotionsausschuss Ausnahmen von der Teilnahme am CDS gestatten.

§ 11

Antrag auf Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Alle Kandidatinnen bzw. Kandidaten, die beabsichtigen, an der Fakultät zu promovieren müssen einen gesonderten Antrag auf Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen stellen.
- (2) Der Antrag gemäß Absatz 1 ist schriftlich an den Promotionsausschuss der Fakultät zu richten. Mit dem Antrag sind einzureichen:
 1. das in Aussicht genommene Thema der Dissertation;
 2. die Bereitschaftserklärung einer Hochschullehrerin bzw. eines Hochschullehrers gem. § 35 HG der Fakultät, die Bewerberin bzw. den Bewerber bei der Erarbeitung der Dissertation wissenschaftlich zu betreuen und insofern auch eine Betreuungsvereinbarung abzuschließen;
 3. der Nachweis bereits erfüllter Zulassungsvoraussetzungen gemäß §§ 8 bis 10;

4. die Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs einschließlich der Nachweise über bereits absolvierte zusätzliche Studien oder Examina sowie eine Erklärung über eventuell zurückliegende erfolglose Promotionsverfahren;
 5. eine Erklärung, dass diese Promotionsordnung anerkannt wird.
- (3) Der Promotionsausschuss befindet über die Annahme oder Ablehnung als Doktorandin bzw. Doktorand. Die Annahme kann mit der Erteilung von Auflagen zur Absolvierung von ergänzenden Studien oder Prüfungen gemäß §§ 8 und 9 verbunden werden.
- (4) Über die Annahme erhält die Bewerberin bzw. der Bewerber eine schriftliche Mitteilung. Über eine Ablehnung und die Annahme mit Auflagen wird sie bzw. er unter Angabe der Gründe in Verbindung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung in schriftlicher Form benachrichtigt.

§ 11a

Datenerhebung, -verarbeitung und -übermittlung

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Statistik für das Hochschulwesen sowie für die Berufsakademien (Hochschulstatistikgesetz – HSchStG) müssen die Hochschulen personenbezogene Daten von Personen erheben, die nach § 11 Abs. 3 zur Promotion zugelassen wurden. Die personenbezogenen Daten der Promovierenden werden von der Hochschule automatisiert gespeichert und von dem IT Center sowie der Zentralen Hochschulverwaltung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben verarbeitet. Eine Übermittlung der Daten durch die Hochschule erfolgt nur dort, wo dies zur Erfüllung ihrer gesetzlich oder satzungsrechtlich geregelten Aufgaben erforderlich ist. Die Datenübermittlung an das statistische Landesamt NRW (IT NRW) betrifft die Erhebungsmerkmale gemäß § 3 Abs. 1, § 4 sowie § 5 Abs. 2 HSchStG.

III. Promotionsverfahren

§ 12

Antrag auf Zulassung zur Doktorprüfung

- (1) Der Antrag der Bewerberin bzw. des Bewerbers auf Zulassung zur Doktorprüfung ist schriftlich an den Promotionsausschuss zu richten.
- (2) Das Gesuch muss enthalten:
 1. den Titel der Dissertation und
 2. den Vorschlag zu den Berichterinnen bzw. Berichtern.
- (3) Dem Gesuch sind beizufügen:
 1. eine tabellarische Darstellung des Lebens- und Bildungsganges der Bewerberin bzw. des Bewerbers,
 2. die nach den §§ 8 bis 11 jeweils erforderlichen Zeugnisse und Nachweise,
 3. ein Führungszeugnis des Bundeszentralregisters der Belegart O. Auf die Vorlage eines Führungszeugnisses kann verzichtet werden, wenn die Bewerberin bzw. der Bewerber im öffentlichen oder kirchlichen Dienst steht,
 4. eine Dissertation entsprechend § 5 Abs. 1 in einer für den Druck vorbereiteten Form mit maschinengeschriebenem Text, vierfach in gebundener Ausfertigung sowie ein Exemplar in elektronischer Form,

5. je ein Belegexemplar etwaiger Veröffentlichungen,
 6. die Angabe, ob und gegebenenfalls von wem die Dissertation vornehmlich betreut worden ist,
 7. eine eidesstattliche Erklärung, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Dissertation selbständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Hilfen in der Dissertation angegeben hat,
 8. eine eidesstattliche Erklärung darüber, ob bereits frühere Promotionsanträge gestellt wurden und mit welchem Ergebnis, gegebenenfalls unter Angabe des Zeitpunktes, der betreffenden in- oder ausländischen Universität, der Fakultät und des Themas der Dissertation,
 9. eine Kurzfassung der Dissertation im Umfang von zwei Druckseiten,
 10. die Angabe, ob die Bewerberin bzw. der Bewerber die mündliche Prüfung in der Form des Rigorosums oder in der der Disputation ablegen möchte.
 11. Eine schriftliche Erklärung, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der RWTH zur Kenntnis genommen und eingehalten hat,
 12. Im Falle einer kumulativen Promotion das Formular der Philosophischen Fakultät Erklärung zur Autorenschaft.
- (4) Ist die Dissertation in einer Einrichtung außerhalb der RWTH Aachen entstanden, so muss die Bewerberin bzw. der Bewerber eine schriftliche Erklärung abgeben, dass die Veröffentlichung der Dissertation bestehende Betriebsgeheimnisse nicht verletzt.
- (5) Urkunden sind in amtlich beglaubigter Kopie einzureichen. Von Urkunden, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind auf Verlangen beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

§ 13

Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Der Promotionsausschuss eröffnet das Promotionsverfahren, wenn ein schriftlicher Promotionsantrag und die mit ihm einzureichenden Unterlagen (vgl. § 12) vollständig vorliegen, die Berichterinnen bzw. Berichte benannt worden sind und deren Einverständnis zur Übernahme eines Gutachtens vorliegt. Die Eröffnung hat in der Regel in einer Frist von drei Wochen nach Eingang des Antrages zu erfolgen.
- (2) Mit der Eröffnung sind die Berichterinnen bzw. Berichte und die Promotionskommission zu bestellen und die Fachgebiete für die Prüfung festzulegen. Über die Eröffnung erhält die Bewerberin bzw. der Bewerber unverzüglich einen schriftlichen Bescheid.
- (3) Entsprechen der Promotionsantrag und die mit ihm eingereichten Unterlagen nicht den Voraussetzungen gemäß § 12, wird das Promotionsverfahren nicht eröffnet. Die Ablehnung ist der Bewerberin bzw. dem Bewerber von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen.
- (4) Ein eingereichter Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens kann spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach der Bekanntgabe der Eröffnung des Promotionsverfahrens gemäß Absatz 2 zurückgenommen werden.

§ 14 Prüfung der Dissertation

- (1) Die Berichterinnen bzw. Berichter prüfen die Dissertation und erstatten darüber der Fakultät Bericht in getrennten schriftlichen Gutachten, möglichst innerhalb von drei Monaten. Sie beantragen Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung der Dissertation oder Nichtbefassung mangels Zuständigkeit der Fakultät unter Begründung ihres Vorschlages. Ein die Annahme der Dissertation befürwortendes Gutachten muss einen Notenvorschlag gemäß der Notenskala des § 6 Abs. 7 enthalten. Ist eine Berichterin bzw. ein Berichter nicht in der Lage, innerhalb von fünf Monaten sein Gutachten zu erstatten, muss der Promotionsausschuss eine andere Berichterin bzw. einen anderen Berichter ernennen. Die Ernennung einer anderen Berichterin bzw. eines anderen Berichters hat innerhalb der Frist des § 13 Abs. 1 S. 2 zu erfolgen.
- (2) Nach Eingang der Gutachten legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation und die Gutachten zur Stellungnahme oder gegebenenfalls zum schriftlichen Einspruch seitens der Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer nach § 35 HG, außerplanmäßigen Professorinnen bzw. Professoren, Honorarprofessorinnen bzw. Honorarprofessoren sowie Privatdozentinnen bzw. Privatdozenten der Fakultät und der promovierten Mitglieder des Fakultätsrates aus. Die Auslegedauer beträgt drei Wochen während der Vorlesungszeit und sechs Wochen während der vorlesungsfreien Zeit. Die Einspruchsfrist läuft jeweils mit Ablauf des zweiten Werktages nach dem Ende der Auslegedauer ab.
- (3) Falls die Berichterinnen bzw. Berichter übereinstimmend die Annahme der Dissertation empfehlen und ein Einspruch nicht erfolgt ist, stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation angenommen ist. Falls die Berichterinnen bzw. die Berichter übereinstimmend die Ablehnung der Dissertation empfehlen und ein Einspruch hiergegen nicht erfolgt ist, stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation abgelehnt ist.
- (4) Falls die Berichterinnen bzw. Berichter hinsichtlich der Annahme der Dissertation einander widersprechen oder mindestens eine bzw. einer der Berichterinnen bzw. Berichter Überarbeitung oder Nichtbefassung vorschlägt oder fristgerecht Einspruch erhoben wurde, bestellt die Promotionskommission eine weitere Berichterin bzw. einen weiteren Berichter. Nach Eingang des weiteren Gutachtens berät die Promotionskommission die Vorlage und empfiehlt Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung der Dissertation oder Nichtbefassung. Erfolgt die Empfehlung einstimmig, so trifft die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die notwendigen Feststellungen. Die Nichtbefassung bedeutet keine Ablehnung der Dissertation.
- (5) Kommt eine entsprechende Empfehlung gemäß Absatz 4 nicht zustande, so legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation zusammen mit den Gutachten, Stellungnahmen und Einsprüchen dem Promotionsausschuss vor. Dieser trifft auf der Grundlage der vorliegenden Empfehlungen unverzüglich die Entscheidung über Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung der Dissertation oder Nichtbefassung; die Annahme der Dissertation setzt das Vorliegen von zwei befürwortenden Gutachten voraus.

§ 15 Überarbeitung der Dissertation

- (1) Die Promotionskommission bzw. der Promotionsausschuss kann gemäß § 14 Abs. 4 bzw. § 14 Abs. 5 die Bewerberin bzw. den Bewerber einmal unter Fristsetzung auffordern, die Dissertation zu überarbeiten. Die Auflagen für die Überarbeitung sind aktenkundig zu machen und mitzuteilen. Die Frist kann nur einmal verlängert werden. Wird die Frist überschritten, so stellt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses fest, dass die Dissertation abgelehnt ist.

- (2) Nach fristgerechter Überarbeitung der Dissertation erfolgt eine erneute Prüfung der Dissertation gemäß § 14. In den Gutachten über die überarbeitete Fassung ist insbesondere zu prüfen, ob die Auflagen nach Absatz 1 angemessen erfüllt worden sind; eine Ablehnung der überarbeiteten Fassung der Dissertation ist nur zulässig, wenn Auflagen nicht auf zureichende Weise erfüllt worden sind oder wenn gegen Abschnitte, die bei der Überarbeitung neu formuliert oder neu in die Dissertation eingefügt worden sind, wissenschaftliche Einwendungen von solchem Gewicht bestehen, dass sie eine Ablehnung der Dissertation notwendig machen.

§ 16 **Mündliche Prüfung**

- (1) Nachdem die Dissertation angenommen ist, wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses eine mündliche Prüfung anberaumt. Sie wird auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten entweder in der Form des Rigorosums oder in der Form der Disputation durchgeführt.
- (2) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses teilt den Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrern der Fakultät, der Rektorin bzw. dem Rektor, den Dekaninnen bzw. Dekanen der anderen Fakultäten, den Mitgliedern der Promotionskommission und den Mitgliedern des Fakultätsrates sowie der Bewerberin bzw. dem Bewerber Zeit und Ort der mündlichen Prüfung mindestens zehn Tage vor diesem Termin mit. Zeit und Ort der mündlichen Prüfung werden außerdem durch Aushang bekannt gegeben.
- (3) Jede Bewerberin bzw. jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die mündliche Prüfung wird grundsätzlich in deutscher Sprache durchgeführt. Ein Teil der Prüfung kann in einer fremden Sprache durchgeführt werden.
- (4) Für die mündliche Prüfung in Form des Rigorosums gelten folgende Bestimmungen:
1. Das Rigorosum ist in einem Hauptfach und in zwei Nebenfächern oder in zwei Hauptfächern abzulegen. Die Wahl von zwei Hauptfächern setzt jedoch voraus, dass die Kandidatin bzw. der Kandidat diese Fächer zuvor im Rahmen eines Magister-, Master- oder Diplomstudiengangs als Hauptfächer an einer Hochschule studiert hat.
 2. Werden ein Haupt- und zwei Nebenfächer gewählt, so ist das Hauptfach in der Regel das Fach, dem der Hauptgegenstand der Dissertation zugeordnet ist. Es wird wie die Nebenfächer von der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf der Grundlage des unter Nr. 4 genannten Fächerkatalogs gewählt. Auf Antrag können andere als die dort genannten, an der RWTH Aachen oder an einer anderen deutschen Hochschule vertretenen Fächer als eines der Nebenfächer gewählt werden, wenn sie in einem sinnvollen Zusammenhang mit den übrigen gewählten Fächern stehen; über die Zulassung solcher Fächerkombinationen entscheidet der Promotionsausschuss.
 3. Die Bestimmung der Prüferinnen bzw. Prüfer erfolgt gemäß § 3 Abs. 2; für jedes Fach ist eine andere Prüferin bzw. ein anderer Prüfer zu bestimmen. Die mündliche Prüfung dauert 90 Minuten. Davon entfällt etwa die Hälfte der Zeit auf die Prüfung im Hauptfach, die andere Hälfte auf die Prüfung in den beiden Nebenfächern bzw. im zweiten Hauptfach.
 4. Als Haupt- und Nebenfächer der mündlichen Prüfung können gewählt werden:
Philosophie,
Erziehungswissenschaft
Psychologie,
Soziologie,
Evangelische Theologie,

Katholische Theologie,
Kommunikationswissenschaft,
Politische Wissenschaft,
Deutsche Philologie (Germanistische Linguistik oder Ältere Deutsche Literatur),
Neuere Deutsche Literaturgeschichte,
Didaktik der deutschen Sprache und Literatur,
Didaktik der Gesellschaftswissenschaften,
Fremdsprachendidaktik,
Anglistische Sprachwissenschaft,
Anglistische Literaturwissenschaft,
Romanische Sprachwissenschaft,
Romanische Literaturwissenschaft,
Alte Geschichte,
Mittlere und Neuere Geschichte,
Geographie,
Wirtschaftsgeographie,
Kunstgeschichte oder
Baugeschichte.

5. Geschichte der Technik, Wirtschafts- und Sozialgeschichte oder Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin können nur jeweils als eines der beiden Nebenfächer gewählt werden. Wird Alte oder Mittlere Geschichte und Neuere Geschichte als Hauptfach gewählt, kann lediglich eines der Nebenfächer aus dem Bereich der Geschichtswissenschaften kommen. Über begründete Ausnahmefälle entscheidet der Promotionsausschuss.
6. In begründeten Ausnahmefällen können beide Nebenfächer aus anderen Fakultäten und/oder anderen Hochschulen gewählt werden, wenn die vorgeschlagenen Fachvertreterinnen und Fachvertreter und der Promotionsausschuss der Kombination zustimmen.
7. Die habilitierten Mitglieder der Philosophischen Fakultät haben das Recht, am Rigorosum als Gäste teilzunehmen. Sonstige Gäste können zugelassen werden, wenn sie promoviert sind und wenn die Kandidatin bzw. der Kandidat dem zustimmt. Promotionskandidatinnen und Promotionskandidaten, die mit der Bearbeitung eines Dissertationsthemas in demselben Fach begonnen haben, können als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen werden, sofern die Kandidatin bzw. der Kandidat nicht widerspricht.

(5) Für die mündliche Prüfung in Form der Disputation gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Disputation besteht aus einer höchstens 90-minütigen Diskussion der Doktorandin bzw. des Doktoranden mit der Prüfungskommission. Sie wird eingeleitet durch einen Bericht der Doktorandin bzw. des Doktoranden über ihre bzw. seine Dissertation. Der Bericht soll 20 Minuten nicht überschreiten. Dabei soll die Einordnung der eigenen Arbeit in das zugeordnete Forschungsfeld und benachbarte Forschungsfelder des Faches dargestellt werden. Gegenstand der anschließenden Disputation sind Themenbereiche der Dissertation und angrenzender Bereiche.
2. Die Disputation findet hochschulöffentlich statt; die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses kann die Zahl der Zuhörerinnen bzw. Zuhörer begrenzen. Fragerecht in der Disputation haben nur die Mitglieder der Promotionskommission.

- (6) Unmittelbar nach der Beendigung der mündlichen Prüfung entscheidet die Promotionskommission über das Ergebnis dieser Prüfung.
- (7) Ist die mündliche Prüfung erfolglos, so kann sie nur einmal und nur bei der Philosophischen Fakultät wiederholt werden. Die Meldung zur Wiederholungsprüfung kann frühestens nach drei und spätestens nach 18 Monaten erfolgen.
- (8) Nach bestandener mündlicher Prüfung ist die Bewerberin bzw. der Bewerber berechtigt, den Titel „Dr. des.“ zu tragen.

§ 17 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat die Doktorprüfung bestanden, legt sie bzw. er die Dissertation der Dekanin bzw. dem Dekan zwecks Genehmigung der zur Veröffentlichung vorgesehenen Fassung vor. Wurde die Dissertation angenommen und keine Auflagen zur Überarbeitung der Dissertation erteilt und aktenkundig gemacht, kann die Genehmigung bereits vor Durchführung der mündlichen Prüfung eingeholt und erteilt werden. Die Dekanin bzw. der Dekan erteilt im Einvernehmen mit den Berichterinnen bzw. Berichtern diese Genehmigung, nachdem etwa verfügte Auflagen erfüllt sind.
- (2) Die Philosophische Fakultät ist berechtigt, von der Doktorandin bzw. dem Doktoranden zu verlangen, dass sie bzw. er
 - ihrer bzw. seiner Arbeit eine Zusammenfassung im Umfang von nicht mehr als einer maschinengeschriebenen Seite bzw. Druckseite beifügt und der Universität das Recht überträgt, diese Zusammenfassung zu veröffentlichen oder einem Verlag bzw. einer Datenbank anzubieten,
 - Titel, Untertitel und Zusammenfassung in zwei Sprachen verfasst (im Allgemeinen in deutscher und englischer Sprache).
- (3) Die Doktorandin bzw. der Doktorand ist verpflichtet, ihre bzw. seine Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen, und zwar auf einem der folgenden Wege:
 - a) durch die Ablieferung von einem Pflichtexemplar im Geschäftszimmer der Fakultät und 50 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek jeweils im Buch- oder Fotodruck;
 - b) durch die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift; in diesem Fall ist die Abgabe von einem Pflichtexemplar im Geschäftszimmer der Fakultät und 15 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek erforderlich; zusätzlich muss z.B. auf der Rückseite der Titelseite angegeben werden, bei welcher Zeitschrift die Veröffentlichung erfolgt ist (mit Angabe von Verlag und Verlagsort), alle Pflichtexemplare müssen mit dem Vermerk „D 82 (Diss. RWTH Aachen University, [Nennung des Jahres der mündlichen Prüfung])“ gekennzeichnet sein;
 - c) durch die Verbreitung über den Buchhandel durch einen gewerblichen Verleger mit einer Mindestauflage von 150 Exemplaren; in diesem Fall ist die Abgabe von einem Pflichtexemplar im Geschäftszimmer der Fakultät und von 15 Pflichtexemplaren in der Universitätsbibliothek erforderlich, zusätzlich muss z.B. auf der Rückseite der Titelseite angegeben werden, bei welchem Verlag die Veröffentlichung erfolgt ist (mit Angabe von Verlag und Verlagsort), alle Pflichtexemplare müssen mit dem Vermerk „D 82 (Diss. RWTH Aachen University, [Nennung des Jahres der mündlichen Prüfung])“ gekennzeichnet sein;

- d) durch die Ablieferung einer elektronischen Version in der Universitätsbibliothek, deren Datenformat und –transfer mit der Universitätsbibliothek abzustimmen sind, zusammen mit einem Pflichtexemplar. Ein weiteres Pflichtexemplar ist im Geschäftszimmer der Fakultät abzugeben. Für die Veröffentlichung benötigt die Universitätsbibliothek eine Zusammenfassung in deutscher und englischer Sprache. Die Doktorandin bzw. der Doktorand überträgt der Universitätsbibliothek, der DNB (Die Deutsche Nationalbibliothek) in Frankfurt/Leipzig und ggf. der DFG-Sondersammelgebietsbibliothek das Recht, die elektronische Version in Datennetzen zu veröffentlichen, und versichert, dass die elektronische Version der angenommenen Dissertation entspricht. Die Universitätsbibliothek überprüft die abgelieferte Version auf Lesbarkeit und Übereinstimmung mit den geforderten Vorgaben. Die Abgabe von Dateien, die den geforderten Vorgaben hinsichtlich Dateiformat und -transfer nicht entsprechen, gilt nicht als Veröffentlichung.

Alle abzuliefernden Pflichtexemplare müssen ein besonderes Titelblatt mit Angabe des Namens enthalten; ein Bildungsgang oder Lebenslauf kann beigelegt werden. Sie müssen auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein. Weiterhin müssen sie technisch einwandfrei sein. Wird festgestellt, dass die Exemplare diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden sie grundsätzlich zurückgewiesen. Eine so zurückgewiesene Arbeit gilt als unveröffentlicht; die Doktorurkunde wird daher nicht ausgehändigt.

- (4) Die Dissertation ist spätestens zwei Jahre nach der mündlichen Prüfung zu veröffentlichen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Dekanin bzw. der Dekan die Frist verlängern. Versäumt die Bewerberin bzw. der Bewerber die ihr bzw. ihm gesetzte Frist, so erlöschen alle durch die Prüfung erworbenen Rechte.

§ 18 Doktorurkunde

Nach der Veröffentlichung der Dissertation wird eine Doktorurkunde ausgefertigt und von der Rektorin bzw. dem Rektor und der Dekanin bzw. dem Dekan eigenhändig unterzeichnet. Die Doktorurkunde trägt das Datum der Abgabe der Pflichtexemplare in der Universitätsbibliothek. Die die Annahme der Dissertation empfehlenden Berichterinnen bzw. Berichter sollen in der Doktorurkunde genannt werden. Das Promotionsverfahren wird durch Aushändigung der Doktorurkunde abgeschlossen. Nach Empfang der Doktorurkunde hat die Bewerberin bzw. der Bewerber das Recht zur Führung des Doktorgrades.

§ 19 Ehrenpromotion und Erneuerung der Doktorurkunde

- (1) Der Senat kann auf Antrag der Philosophischen Fakultät den akademischen Grad und die Würde einer Doktorin bzw. eines Doktors der Philosophie Ehren halber (E.h.) an Personen verleihen, die auf einem von der Universität gepflegten Gebiet hervorragende persönliche, wissenschaftliche, technische oder künstlerische Leistungen aufweisen. Sie dürfen nicht Mitglieder oder Angehörige der RWTH Aachen sein.
- (2) Die Philosophische Fakultät kann Anträge auf Ehrenpromotion nur für den Doktorgrad stellen, für den sie das Promotionsrecht hat. Zur Vorbereitung dieses Antrages sind mindestens zwei auswärtige Gutachten einzuholen. Der Fakultätsrat beschließt über den Antrag an den Senat in zwei Lesungen. Der Antrag bedarf der Unterstützung von zwei Dritteln seiner Mitglieder.
- (3) Die Rektorin bzw. der Rektor vollzieht die Ehrenpromotion durch Überreichung einer Doktorurkunde, in der die Verdienste der bzw. des Promovierten gewürdigt werden.

- (4) Doktorinnen und Doktoren der Philosophischen Fakultät, die sich durch ihre wissenschaftliche oder praktische berufliche Tätigkeit ausgezeichnet haben, können durch die Erneuerung der Doktorurkunde nach 25 und 50 Jahren oder bei außerordentlichen Gelegenheiten geehrt werden.

§ 20 Entzug des Doktorgrades

- (1) Der Doktorgrad kann entzogen werden
- a) wenn sich nachträglich herausstellt, dass er aufgrund unrichtiger Aussagen über wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion erworben worden ist,
 - b) wenn sich nachträglich herausstellt, dass er mittels einer Täuschung bei den Promotionsleistungen erworben worden ist,
 - c) wenn ein wissenschaftliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Dissertation festgestellt worden ist oder
 - d) wenn die bzw. der Promovierte wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist.
- (2) Werden Umstände bekannt, die eine Entziehung des Doktorgrades nach Absatz 1 rechtfertigen können, ist die bzw. der Promovierte vor einer Entscheidung durch den Promotionsausschuss zu den Vorwürfen anzuhören. Im Fall einer mündlichen Anhörung ist ein Protokoll über die Anhörung anzufertigen.
- (3) Belastende Entscheidungen sowie die Gründe für die Entscheidungsfindung werden der bzw. dem Promovierten durch den Promotionsausschuss schriftlich und mit einer Rechts-behelfs-belehrung versehen mitgeteilt.
- (4) Die Ungültigkeit der Promotionsleistungen oder die Entziehung des Doktorgrades wird von der RWTH Aachen allen deutschen Universitäten mitgeteilt.
- (5) Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend für die Entziehung des Grades und der Würde einer Ehrendoktorin und eines Ehrendoktors.
- (6) Nach einer Entscheidung gemäß Absatz 1 ist die Doktorurkunde einzuziehen oder auf sonstige Weise verkehrsun gültig zu machen.

§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten

Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in die Prüfungsakte gewährt. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

§ 22 Cotutelle-Verfahren

- (1) Voraussetzung für ein gemeinsam betreutes Promotionsverfahren mit einer ausländischen Universität (Partneruniversität) ist der Abschluss eines individuellen Kooperationsvertrages zur Durchführung und Betreuung des Promotionsvorhabens sowie zur Begutachtung bzw. Bewertung der Promotionsleistungen.

- (2) Der individuelle Kooperationsvertrag kann hinsichtlich der Besetzung der Promotionskommission vorsehen, dass die Promotionskommission zu gleichen Teilen von den beteiligten Universitäten zu besetzen ist.
- (3) Nach erfolgreichem Abschluss des Promotionsverfahrens verleiht die Philosophische Fakultät einen akademischen Grad nach § 1 Abs. 3 und die Partneruniversität einen akademischen Grad nach den dort geltenden Bestimmungen. Diese akademischen Grade dürfen ausschließlich alternativ geführt werden.

§ 23 Inkrafttreten

Diese Promotionsordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der RWTH Aachen veröffentlicht und tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fakultätsrats vom 18.10.2017 und vom 15.06.2022.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- 1) die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- 2) das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
- 3) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
- 4) bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Der Rektor
der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen

Aachen, den 25.07.2022

gez. Rüdiger
Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Dr. h. c. mult. U. Rüdiger